

**Wirtschaftsuniversität Wien**  
Universitätsdirektion  
Studien- und Prüfungsabteilung

WIEN, 18.12.1984  
A-1090 Wien, Augasse 2-6

zu Zahl: 165/84  
Es wird gebeten, in der Antwort  
die vorstehende Zahl anzuführen

An das  
Präsidium des Nationalrates  
Parlament  
Dr. Karl Renner Ring 3  
1017 Wien

GZ 68 157/1-15/84

*Stören*

Betrifft	ENTWURF
Zl.	67 GE/19 84
Datum:	21. DEZ. 1984
Verteilt	1985-01-02 <i>f. Matis</i>

In der Anlage übermittle ich Ihnen eine Stellungnahme zum Entwurf  
einer Novelle des Hochschul-Taxengesetzes Gz 68 157/1-15/84 mit der  
Bitte um Kenntnisnahme.

Hochachtungsvoll

*Matis*

Ord. Univ. Prof. Dr. Herbert Matis

25 Exemplare

Zum Entwurf einer Novelle des Hochschul-Taxengesetzes GZ 68 157/1-15/84 erlaube ich mir namens der Wirtschaftsuniversität Wien folgende Stellungnahme abzugeben:

### I. Grundsätzliche Überlegungen

Soweit es die vorgeschlagene Novelle unternimmt, die Hochschul-taxen an das aktuelle Gebührenrecht anzupassen, einen Kosten-beitrag für Lebensmittel und eine Schadenersatzregelung nach dem Verschuldensprinzip einzuführen, ist dies zu begrüßen. Angesichts der ohnehin schon gespannten budgetären Lage der Univer-sitäten wird die Zweckbindung des Studienbeitrages für die internationale Zusammenarbeit der Universitäten und Hochschulen abgelehnt. So wichtig die internationale wissenschaftliche Zu-sammenarbeit ist, darf die Förderung dieser Kooperation nicht auf Kosten der Universitäten erfolgen. Es sollte daher bei der bisherigen Praxis bleiben, daß das Beitragsaufkommen unter ande-rem zur Abdeckung eines Teils des Aufwandes, den die ausländi-schen Studierenden verursachen, verwendet wird.

### II. Zu Ziffer 5 des Entwurfs:

Der derzeit vorgesehene Studienbeitrag ist - wie schon mit der allgemeinen Zustimmung zur Aktualisierung des Taxenrechts zum Ausdruck gebracht wurde - sicher zu gering. Eine Anhebung auf S 5.000,- ist nach ho Auffassung jedoch zu weitgehend. Wenn man alle anderen Gebühren um 100% erhöht, ergibt sich zur geplanten Erhöhung der "Ausländergebühren" um mehr als 300% eine schwer zu rechtfertigende Diskrepanz. Angesehen von der Frage der Ange-messenheit der Höhe des Studienbeitrages im Vergleich zu ande-ren Gebühren sind S 5.000,- pro Semester geradezu prohibitiv, was nicht im Interesse sinnvoller Förderung internationaler und interuniversitärer Zusammenarbeit liegt. Es wird daher vorge-schlagen, den Ausländerbeitrag um 100% auf S 3.000,- zu er-höhen. Um in Zukunft eine laufende Anpassung an die Geldwert-entwicklung sicherzustellen, sollte eine Indexierung vorgenom-men werden. Dies könnte durch folgende Regelung geschehen:

"Der Studienbetrag beträgt für ein Semester 17,13 vom Hundert des Gehalts eines Bundesbeamten der Dienstklasse V, Gehalts-stufe 2, einschließlich einer allfälligen Teuerungszulage."

### III. Zu Ziffer 7 des Entwurfs:

Es sollte klargestellt werden, ob die vorgeschlagene Studiengebührenbefreiung für Studierende, "deren ... Heimatuniversität bzw. Heimathochschule Studierenden österreichischer Staatsbürgerschaft ... den Erlaß der Studiengebühren gewährt", sich auf solche Studierenden an ausländischen Hochschulen bezieht, für die ihre Hochschule in zweifacher Hinsicht Heimatuniversität ist; einmal, weil sie an ihr studieren und Staatsangehörige des Sitzlandes sind, oder ob allein maßgeblich ist, daß sie Studierende der ausländischen Universität oder Hochschule sind.

### IV. Mangel einer Regelung über Studiengebührenermäßigung:

Nach geltendem Recht ist es völlig belanglos, ob ein Student, der aus einem der zahlungspflichtigen Länder kommt, reich ist oder von einer Waisenrente leben muß. Er muß denselben Studienbeitrag leisten. Andererseits muß ein Student, der aus einem Entwicklungsstaat (zB aus der Türkei) kommt und Kind wohlhabender Eltern ist, ebensowenig einen Beitrag bezahlen wie der mittellose Student aus eben demselben Entwicklungsstaat. Es soll daher die Möglichkeit einer Ermäßigung eingeführt werden, etwa auf die Hälfte, ein Drittel, ein Viertel und - insbesondere für Studierende aus einem Entwicklungsland - auf einen Mindestbetrag von 1/10.

### V. Verringerung oder Erlassung der Studiengebühren im Rahmen von Partnerschaften

Die österreichischen Universitäten sollen ermächtigt werden, in Partnerschaftsverträgen mit ausländischen Universitäten Bestimmungen aufzunehmen, die bei Studentenaustauschprogrammen die Verringerung oder die Erlassung der Studiengebühr vorsehen.

